

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **16.10.2013**, 17:17 Uhr - 19:57 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Richard-Michael Halberstadt, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Klaus-Peter Richter, Barbara Stober, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion

Beanka Ganser, Elke Haves, Thomas Kollmann, Doris Lammert, Petra Seyfferth,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann, Dr. Brigitte Hasenjürgen, Otto Reiners, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion

Claudia Grönefeld, Dietmar Uhlenbrock,

auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Wagstaff,

Sachkundige Einwohner/innen

Otmar Knüvener, Gabriele Markerth, Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Martin Schofer,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Dr. Andreas Bohn, Dagmar Arnkens-Homann, Henrik Bestmann, Monika Brosda, Benno Fritzen, Felix Graf von Plettenberg, Christine Menke, Heike Pötter, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Dirk Schwichtenhövel,

für die Schriftführung

Frank Treutler,

Es fehlten:

Gilbert Aldejohann, Birgit Edler, Gisela Geschkewitz, Christian Moll, Gregor Ridder, Dieter von den Berg (alle waren abgemeldet); Yildirim Eroglu, Dr. Musa Mohammad Omar,

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|-------------------------|---|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0738/2013</u>
V | 5. 25 Jahre Beratung zu Aids und sexueller Gesundheit |
| <u>V/0736/2013</u>
V | 6. Gesundheitliche Lage und Versorgungssituation der Sexarbeiterinnen in Münster aus Sicht des Gesundheitsamtes |
| <u>V/0742/2013</u>
V | 7. Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlags Nr. 443 Gesundheitsförderung in Grundschulen aus dem Bürgerhaushalt 2011 |
| <u>V/0727/2013</u>
V | 8. Förderung der Krebsberatungsstelle des Tumor-Netzwerk im Münsterland (TiM) e.V. - Ergebnisse des Prüfauftrags an die Verwaltung |
| <u>V/0540/2013</u>
V | 9. Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht 2011 - 2012 |
| <u>V/0659/2013</u>
I | 10. Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Münster |
| | 11. Verschiedenes |

Frau Ganser eröffnete um 17:17 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Die Tagesordnung wurde wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Herr Stadtrat Paal verwies auf

3.1.1 die bisher eingegangenen Anträge freier Träger zum Haushalt 2014, die den Mitgliedern mit Verwaltungskommentierungen zugegangen seien, ferner auf den Antrag der GGUA Flüchtlingshilfe vom 30.09.2013 (Anregung gem. § 24 GO Nr. 2013-00141: Projektkostenzuschuss von 54.000 € in 2014 für den Bereich Integrationsarbeit des Trägers), der vor Beginn der Sitzung verteilt wurde,

3.1.2 die Beschlüsse des Hauptausschusses vom 25.09.2013 zu den Vorlagen

- Antrag der SPD-Fraktion an den Rat A-R/0028/2013: Münster für alle – Einführung eines Sozialmonitorings für Münster (Vorlage V/0576/2013) und
 - Antrag der Ratsgruppe DIE LINKE. an den Rat A-R/0025/2013: Zwangsumzüge stoppen! (Vorlage V/0526/2013);
- der Hauptausschuss habe sich den Beschlussempfehlungen der Vorlagen jeweils einstimmig angeschlossen.

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

Herr Stadtrat Paal

3.2.1 erwähnte den, den Beschlussvorschlag der Vorlage ergänzenden Beschluss des Hauptausschusses vom 25.09.2013 zur Vorlage V/0620/2013 (Antrag der SPD-Fraktion an den Rat A-R/0038/2013 "Wohnen muss bezahlbar sein - Luxusmodernisierungen verhindern, neue Möglichkeiten im Bestand suchen"),

3.2.2 berichtete über den Stand des Verfahrens im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Trägerschaft für eine neue Flüchtlingseinrichtung in Roxel (Zum Schultenhof) sowie

über aktuelle Engpässe bei der Unterbringung von Flüchtlingen; die Ausführungen sind dieser Niederschrift beigelegt - **Anlage 1**;

- 3.2.3** verwies auf die mit der Einladung versandten Informationen über den Stand der Mittelabflüsse aus dem Programmbudget Münster-Pass sowie über Leistungen für Bildung und Teilhabe. Er zitierte ferner das heute zugegangene Schreiben des Deutschen Städtetags, das die Mitgliedsstädte über die Absicht des BMAS informiert, in 2012 nicht verausgabte Leistungen zurückzuverlangen, obwohl der betreffende Versuch des Bundes, dies im Rahmen einer Rechtsverordnung durchzusetzen, am Bundesrat gescheitert war. Auf Herrn Wölters Vorschlag stellte Herr Paal einen Bericht über das Aufgabenfeld im kommenden Jahr in Aussicht;
- 3.2.4** informierte den Ausschuss mit Hinweis auf die am 06.09.2013 erschienene Richtlinie „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ vom 30.08.2013, dass der Arbeitskreis Qualifizierung durch Arbeit (QuadA) an der Durchführung von Maßnahmen interessiert sei und voraussichtlich einen Antrag an das MAIS richten werde; über die Zahl der Plätze stimme sich das Jobcenter mit dem Arbeitskreis ab. Die Verwaltung werde den Ausschuss über den weiteren Verlauf unterrichten.

Herr Dr. Schulze Kalthoff teilte mit, dass

- 3.2.5** das Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten den Schulen und Kindertageseinrichtungen das, den Mitgliedern vorliegende, Informationsblatt anlässlich der bevorstehenden Infekt- und Grippezeit zur Verfügung stellen werde;
- 3.2.6** dass die LEG im Zusammenhang mit den Legionellenbefunden in einigen ihrer Bestände Untersuchungen aufgenommen habe; die LEG habe die Verwaltung in Kenntnis gesetzt, ferner die Mieterinnen und Mieter informiert, außerdem ein Duschverbot ausgesprochen. Neben der Informationspflicht gegenüber der Mieterschaft und der Stadt habe die LEG als Anlagenbetreiberin die Pflicht zur Sanierung der betreffenden Anlagen; eine Fachfirma sei beauftragt worden, die erforderlichen Arbeiten kurzfristig durchzuführen. Verwaltung und LEG befänden sich in laufenden Gesprächen.
- 3.2.7** Frau Ganser berichtete, dass das Theater Münster in der laufenden Spielzeit erstmalig eine Schauspielaufführung mit Gebärdendolmetschern/innen auch im Kleinen Haus anbieten werde; welches Stück aufgeführt werde, könne erst im Verlauf der Proben abschließend entschieden werden, sobald das Bühnenbild feststehe. Der Gehörlosenverband werde mit dem Theater das weitere Vorgehen abstimmen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Keine.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0738/2013

25 Jahre Beratung zu Aids und sexueller Gesundheit

Frau Brosda erläuterte die Vorlage anhand eines Foliensatzes, der der Niederschrift beigelegt ist - **Anlage 2** und beantwortete Nachfragen der Mitglieder. Die Mitglieder, die sich zu Wort meldeten, dankten der Verwaltung und der Verfasserin für den Bericht.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0736/2013**

**Gesundheitliche Lage und Versorgungssituation
der Sexarbeiterinnen in Münster aus Sicht des Ge-
sundheitsamtes**

Im Verlauf der ausführlichen Erörterung der Vorlage beantwortete Frau Brosda Nachfragen der Mitglieder. Frau Ganser merkte an, dass sich eine thematische Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung, wie zunächst in der Sitzung am 26.06.2013 verabredet, für die Erörterung einzelner Sachfragen möglicherweise besser angeboten hätte. Ferner regte sie an, das Thema mit Blick auf die Gesichtspunkte männliche Prostitution und Prostitution Minderjähriger gelegentlich zu vertiefen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0742/2013**

**Zwischenbericht zur Umsetzung des Vorschlags
Nr. 443 Gesundheitsförderung in Grundschulen
aus dem Bürgerhaushalt 2011**

Herr Stadtrat Paal, Herr Dr. Schulze Kalthoff und Frau Menke beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Im Anschluss an die Aussprache nahm der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0727/2013**

**Förderung der Krebsberatungsstelle des Tumor-
Netzwerk im Münsterland (TiM) e.V. - Ergebnisse
des Prüfauftrags an die Verwaltung**

Herr Dr. Schulze Kalthoff erläuterte die Vorlage; in dem Zusammenhang berichtete er, dass die Verwaltung die umliegenden Kreise mit der Bitte angeschrieben habe, sich ihrerseits an der Finanzierung der Beratungsstelle zu beteiligen (Ziffer 4 der Vorlage).

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0540/2013**

Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht 2011 - 2012

Frau Pötter fasste die Inhalte des Berichts zusammen. Im Verlauf der ausführlichen Erörterung beantworteten Frau Arnkens-Homann und sie Fragen der Mitglieder. Frau Gansers Dank für den Bericht bestätigten die Mitglieder mit Beifall.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0659/2013**

**Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Ret-
tungsdienst der Stadt Münster**

Herr Fritzen erläuterte die Vorlage anhand mehrerer Folien und beantwortete Nachfragen der Mitglieder. Nach Abschluss der Aussprache stimmte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig zu und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der in der Anlage beigefügten Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Münster wird zugestimmt. Über die Einrichtung von 11,00 Planstellen zum Stellenplan 2014 im Teilergebnisplan 0210 „Rettungsdienst“, die über Gebühren finanziert werden, ist in den Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, vor dem Hintergrund aktueller vergaberechtlicher Entwicklungen auf EU-Ebene (Bereichsausnahme von der allgemeinen Ausschreibungspflicht gem. Trilog-Verhandlungen) sowie der anstehenden Novellierung des Rettungsgesetzes NRW, im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit den Hilfsorganisationen die Auswirkungen auf die Organisation des Rettungsdienstes in der Stadt Münster zu prüfen und den Bedarf für eine Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes zu erörtern.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die durch die Umsetzung der Maßnahmen des Rettungsdienstbedarfsplanes verursachten Kosten werden zu 100 % über die Rettungsdienstgebühren refinanziert und durch die Kostenträger im Gesundheitswesen getragen.

In den letzten 8 Jahren konnte aufgrund von organisatorischen Maßnahmen innerhalb der Verwaltung, bei der Durchführung des Krankentransportdienstes und des Notarztdienstes sowie der kontinuierlichen Steigerung der Fallzahlen in der Notfallrettung und im Notarztdienst eine Gebührenerhöhung vermieden werden. Die Umsetzung der aus der Fortschreibung dieses Bedarfsplanes resultierenden Maßnahmen wird zu weiteren Kosten führen, die in vollem Umfang über Gebührenerträge zu decken sind.

Aufgrund der allgemeinen Kostenentwicklung ist die bisher gültige Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Münster vom 08.12.2005 zu aktualisieren. Die Verwaltung wird nach Abstimmung mit den Kostenträgern dem Rat der Stadt Münster einen Vorschlag zur Anpassung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst in einer separaten Beschlussvorlage für die Sitzung des Rates am 11.12.2013 vorlegen.

Die Etatveränderungen wird die Verwaltung über Veränderungsblätter in die Haushaltsplanberatungen einbringen.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Wortmeldungen lagen nicht vor.

gez.
Beanka Ganser
Vorsitz

gez.
Frank Treutler
Schriftführung